



Felix Jehle



Jetzt erst recht: Eric Nussbaumer in die Regierung!

Das Ergebnis vom 3. März lässt hoffnungsvoll auf den 21. April blicken. Im ersten Wahlgang der Nachwahl für Regierungsrat Adrian Ballmer liegt Eric Nussbaumer vorne. Das muss im zweiten Wahlgang so bleiben. Jetzt gilt es, alles zu mobilisieren. Ein Ruck muss durch das Baselbiet gehen – nur so kann der jahrelange Stillstand überwunden werden, den die bürgerliche Regierungsmehrheit hinterlassen hat.

Die Erwartungen waren hoch. Die Medien haben sie zusätzlich angeheizt. Wie war doch Eric Nussbaumer, als er am 6. Januar nominiert worden war, bereits in den Regierungsrat geschrieben worden. Er selber hat schon damals unmissverständlich darauf hingewiesen: Für einen Wahlsieg gegen die bürgerliche Allianz braucht es den ganzen Einsatz von allen und einen langen Atem. Denn die Rechnung war leicht zu machen: Die Parteien, die den Gegenkandidaten portieren, verfügen über eine Wählerbasis von 54%. Die SP, die Grünen und die EVP, die gemeinsam Eric Nussbaumer unterstützen, kamen bei den letzten Landratswahlen gerade mal auf 40,5%.

Eric Nussbaumer liegt nach dem ersten

Wahlgang vorne und 6 Stimmenprozente über dem numerischen Wählerpotenzial, sein Gegenkandidat liegt zurück und hat 8 Stimmenprozente verloren. Jetzt geht es darum, die WählerInnen in der Mitte zu gewinnen, die dem Grünliberalen Gerhard Schafroth die Stimme gegeben hatten oder gar – wie die gegenüber den nationalen Abstimmungen deutlich geringere Stimmbeteiligung vermuten lässt – die Regierungswahl aussen vor gelassen haben. Es zeigt sich, dass in der bürgerlichen Mitte viele WählerInnen den Schmusekurs der Parteistrategen von FDP und CVP mit der SVP nicht goutieren. Dass diese Allianz auftritt, ohne Inhalte – und sogar ohne ihren blassen Kandidaten zu präsentieren – zeigt, worum es der angeblich wiedererstandenen BüZa geht: Um Pöstlischacherei, um den Machterhalt jener bürgerlichen Mehrheit, die den Kanton in den letzten Jahren in den Stillstand heruntergewirtschaftet hat, aus dem wir hinaus müssen.

Dies kann und muss uns gelingen – mit der Wahl von Eric Nussbaumer in den Regierungsrat! Es geht darum, eine ehrliche, saubere Finanz- und Steuerpolitik zu etablieren, die für alle sorgt und nicht nur für wenige. Es geht darum, die Blockaden in der Gesundheitspolitik und in der Wirtschaftsförderung zu überwinden und die regionale Zusammen-

arbeit zu stärken und zu intensivieren. Dafür braucht es echten, sozial kompetenten unternehmerischen Geist in der Regierung, gepaart mit jener politischen Erfahrung auf kantonaler und nationaler Bühne, die Eric Nussbaumer einbringt.

Ruedi Brassel
Ruedi Brassel ist Landrat und
Sekretär der SP Baselland



2. WAHLGANG

Für den 2. Wahlgang vom 21. April sind wir noch einmal gefordert: bei Standaktionen, beim Diskutieren im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz, beim Mobilisieren auf der Strasse, durch Verschicken von Karten, durch Verschicken von Mails und SMS. Und natürlich auch durch Spenden. Mehr auf www.sp-bl.ch
Material, Einzahlungsscheine können bestellt werden bei der SP BL, Postfach 86, 4410 Liesetal, info@sp-bl.ch.
Spendenkonto:
Unterstützungskomitee Eric Nussbaumer
IBAN CH11 0900 0000 4028 0049 9

HOOLIGAN-KONKORDAT

NEIN zur Stigmatisierung einer Menschengruppe

Schon zu Benthaus' Zeiten besuchte ich die FCB-Spiele im alten Joggeli. Heute haben die Spiele der Rotblauen viele Gesichter:

Fussball – ein Spiel, das begeistert, das Emotionen weckt, das schön ist zum selber Spielen und spannend zum Zuschauen.

Fans – in Basel unterstützen sie die Spieler mit Gesängen und mit teilweise aufwändigen phantasievollen Choreos: ein Genuss! Für einige Fans ersetzt die Fangemeinde die Geborgenheit der Familie, an der es mangelt.

Chaoten und Hooligans – leider gibt es sie immer noch. Sie missbrauchen den Anlass, verhalten sich rechtswidrig und tauchen in der Menge unter.

Polizei – sie hat oft einen schweren Stand, wenn abgemachte Schlägereien unter den Fans stattfinden sollen, wenn im Stadion etwas passiert und der interne Sicherheitsdienst versagt. Sie kann nur ausserhalb der Stadien für Ordnung sorgen.

Vor der Euro 2008 wurden Massnahmen gegen Hooligans getroffen (Rayon-Verbot und präventiver Gewahrsam). Im Jahre 2009 trat Baselland dem sogenannten Hooligankonkordat bei, mit dem diese Massnahmen weiterhin auch auf die nationalen Fussball- und Eishockey-Spiele angewendet werden. Die SP äusserte damals schon ihre Bedenken. Dass nun dieses sogenannte Hooligankonkordat verschärft werden soll, lehnen wir – nach Gesprächen sowohl mit der Fanarbeit als auch mit der Polizei – in unserer Vernehmlassungsantwort entschieden ab.

Die SP Baselland stellt besorgt fest, dass mit der Verschärfung des Konkordats eine Pauschalisierung vorangetrieben wird: Die Besucherinnen und Besucher einer Sportveranstaltung stehen unter Generalverdacht, gewalttätig zu sein. Das darf nicht sein!

Einigen Massnahmen – wie der Bewilligungspflicht oder auch dem Rayon-Verbot – stehen wir durchaus positiv gegenüber. Sie können schon heute umgesetzt werden. Das unveränderliche, verschärfte Konkordats-Paket muss dafür nicht akzeptiert werden. Dieses wirft gravierende rechtsstaatliche Fragen auf und ist in vielen Punkten schlicht unverhältnismässig. Durch die Stigmatisierung der Fans müssen unbescholtene, friedliche Matchbesucherinnen und -besucher Sanktionen erdulden, die nur für eine kleine Minderheit begründbar sind.

Wir sind überzeugt: Im Dialog und in Zusammenarbeit mit Behörden, der Polizei und den Fans können bessere Lösungen gefunden

werden, als sie das verschärfte Hooligankonkordat vorsieht.

Die Vernehmlassungsantwort der SP Baselland ist einsehbar: www.sp-bl.ch/politik > Vernehmlassungen

Hanny Huggel
ist Landrätin
aus Münchenstein



HOOLIGAN-KONKORDAT

Die Tragweite des Konkordats wird

Zurzeit liegt das verschärfte «Hooligan-Konkordat» bei den Kantonsparlamenten. Erstaunlicherweise hielt sich bisher die politische Debatte dazu in Grenzen. Ohne kritisches Nachfragen wurde das Konkordat bereits in vier Kantonen «durchgewinkt». Sich gegen schärfere Gesetze und Auflagen zu stellen, wenn es um Fussball- oder Eishockeyfans geht, scheint nicht populär zu sein. Dabei wäre es wichtig, ein paar Fragen zu stellen: «Sind lückenlose ID-Kontrollen



es verschärften unterschätzt

an den Stadioneingängen, ein Alkoholverbot ausser im VIP-Sektor, verdachtsunabhängiges (!) Abtasten am ganzen Körper durch private Sicherheitskräfte, ein festgeschriebenes Transportmittel für (alle) Gästefans bei Auswärtsspielen und bis zu drei Jahre dauernde schweizweite Rayonverbote, auch für Bagatelldelikte, wirklich zielführend, um Gewalttätigkeiten effektiv einzudämmen?»

Zurzeit sind in der Hooliganendatenbank (Hoogan) 519 Personen registriert, die mit Massnahmen wie Stadionverbot oder Rayonverbot belegt sind. Tatbestände mit physischer Gewaltanwendung sind in der Minderheit. Zum Vergleich: Pro Saison besuchen über 4,5 Millionen ZuschauerInnen Spiele (200 im Fussball und 500 im Eishockey!) der höchsten Spielklasse im Eishockey und Fussball. Braucht also ein eigentlich klar eingrenzbares Problem ein Gesetz, das in Form einer Kollektivbestrafung Tausende von Eishockey- und Fussballfans mit Massnahmen belegen möchte und diese so unter Generalverdacht stellt? Das oft verwendete Argument, es handle sich hierbei nur um «Kann-Formulierungen», ist trügerisch. Ein neues Gesetz ist an seiner gesamten Tragweite und an den Handlungsmöglichkeiten zu messen. Das verschärfte Hooligankonkordat ist das Ergebnis eines polemischen «Wettrüstens» am Schreibtisch. In der Praxis sind die geplanten Massnahmen kaum mit rechtsstaatlichen Prinzipien der Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit und Willkürfreiheit vereinbar und beeinträchtigen unsere Grundrechte stark. Fussballfans aus verschiedenen Kantonen führen deshalb, zusammen mit Tobit Schäfer (SP-Grossrat Basel-Stadt), Beschwerde ans Bundesgericht gegen das vorliegende Konkordat. Politischer Widerstand wächst vor allem in Kantonen, die auf eine gute und unaufgeregte Zusammenarbeit zwischen Verein, Fans, Fanarbeit und Behörden setzen, deren Zielsetzung, eine ausgewogene und von Realitätssinn geprägte «Fan- und Sicherheitspolitik» ist, ohne aus dem Stadion einen Hochsicherheitstrakt zu machen oder die Fankultur mit einer hysterischen Massnahmenpolitik zu ersticken.

Thomas Gander
SP-Grossrat Basel-Stadt



KOMMENTAR ZUM 11. ECOSY-KONGRESS

Ein anderes Europa ist möglich!

Klirrende Kälte, gefrorene Seen, strahlende Wintersonne. Während bei uns der Frühling seine Arme ausstreckt, befindet sich Bommersvik inmitten einer Winteridylle. Im Kongresszentrum in der Nähe von Stockholm fand der 11. Kongress der ECOSY statt. Vom 7. bis 10. März besammelten sich rund 300 Delegierte von sozialistischen und sozialdemokratischen Jugendbewegungen und -parteien aus ganz Europa. Erstmals als Vollmitglied dabei war die JUSO Schweiz, die 13 Delegierte entsenden durfte.

Alles andere als kühl ging es derweil im Kongresszentrum zu: Während drei intensiven Tagen wurden Positionspapiere und Resolutionen diskutiert, modifiziert und verabschiedet, wichtige Ämter neu besetzt und am Ende sogar der Name der Organisation selbst geändert. Aus der «European Community Organisation of Socialist Youth» (ECOSY) wurde die «Young European Socialists» (YES).

Hauptthemen der Debatten waren die Bekämpfung der in vielen Ländern grassierenden Jugendarbeitslosigkeit und eine bessere Koordination der sozialdemokratischen Kräfte in Europa. Der Grundtenor: YES soll bekannter und aktiver werden sowie länderübergreifende Kampagnen anstossen und die Jugend mobilisieren. Ziel ist es, ein soziales, ökologisches und solidarisches, aber auch selbstbewusstes Europa als Alternative zur neoliberal und technokratisch dominier-

ten Wirtschaftsgemeinschaft der Gegenwart zu schaffen.

Auffällig sind die bei der Zusammenarbeit im internationalen Rahmen anzutreffenden kulturellen und politischen Besonderheiten der einzelnen Länder und teilweise sogar Regionen. Während aus den südlichen Ländern und aus Frankreich die Abkehr von der erdrückenden Austeritätspolitik hin zu neuem Wachstum und Arbeitsplätzen die programmatische Kernforderung schlechthin ist, beschäftigen sich die nordischen Länder vor allem mit gesellschaftlichen Liberalisierungen, Gleichstellungspolitik und der Forderung nach einer breiten Bildungsoffensive. Von EU-Skepsis war wenig zu spüren, vielmehr muss von einem starken Bedürfnis nach einer Reorganisation Europas gesprochen werden.

So kontrovers die EU-Frage innerhalb der SP und der JUSO diskutiert wird, so klar ist für die Delegation: Die Musik spielt über die Landesgrenzen hinweg. Auch für uns als Linke ist eine Rückkehr zu den Nationalstaaten keine Option.

Lukas Wiss
Vorstand JUSO Basel-Stadt



AGENDA SP BASEL-STADT

Freitag, 22. März

Ein Wahlkampf – ein Sieg – ein Fest!

Einladung zum Festen von SP, Grüne und BastA! Zum Beginn der neuen Legislaturperiode – mit Band und DJ. Häppchen offeriert – Getränke im Barbetrieb.
Schleifferei, Solothurnerstrasse 6, 19.30 Uhr

Montag, 25. März

Jahresversammlung der BS-Frauen

Refektorium der Elisabethenkirche, Elisabethenstrasse 10, 19 Uhr

Dienstag, 9. April

Partei-Vorstandssitzung

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Dienstag, 23. April

Jahres-Delegiertenversammlung

Union, Klybeckstr. 95, **Achtung:** 19.30 Uhr

AGENDA SP BASELSTADT

Freitag, 22. März bis Samstag, 20. April 2013

Eric Nussbaumer in die Regierung!

Diverse Aktionen. Details auf www.sp-bl.ch

Samstag, 23. März 2013

Nussbaum-Pflanzaktion der Juso

Details unter www.juso-bl.ch

Samstag, 20. April 2013

Geschäftsdelegiertenversammlung

14.30 Uhr, Zwingen

Sonntag, 21. April 2013

2. Wahlgang Regierungsratsersatzwahl

Eric Nussbaumer in die Regierung!

Sonntag, 21. April 2013

Wahlfest

15.30 Uhr, Pfarreisaal Bruder Klaus, Rheinstrasse 20, Liestal

SP-FRAKTION BASEL-STADT

Mit Schwung in die neue Legislatur!

Dank dem zweitbesten Wahlergebnis seit dem 2. Weltkrieg gewann die SP-Fraktion 33 der 100 Sitze im Grossen Rat, 9 neue SP-GrossrätInnen wurden gewählt. Eva Herzog, die mit dem besten Resultat gewählte Regierungsrätin sowie die glanzvoll bestätigten Regierungsräte, Christoph Brutschin und Hans-Peter Wessels sind auch Mitglieder der Fraktion. In engagierten Sitzungen wurden alle internen und externen Kommissionssitze besetzt und alle unsere Nominierungen wurden diskussionslos vom Grossen Rat bestätigt. Zudem wird die SP in den nächsten 4 Jahren die Geschäftsprüfungskommission (GPK), die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK), die Gesundheitskommission (GSK) und die Begnadigungskommission präsidieren.

Die Fraktion ist bereits engagiert in die neue Legislatur gestartet und wird mithilfe der 9 neu gewählten GrossrätInnen Akzente in der Basler Politik setzen. Der Fanbeauftragte Schweiz und

des FCB – *Thomas Gander* – wird die Sportkompetenz inspirieren; die Fraktionspräsidentin der Bürgergemeinde fraktion – *Danielle Kaufmann* – erhöht die juristische Kompetenz; der Energiefachmann und ehemalige Nationalrat – *Ruedi Rechsteiner* – wird unsere grüne Seite stärken; die Einwohnerrätin aus Riehen – *Franziska Roth* – verbessert die Anbindung an Riehen; der Betriebsleiter der Aktienmühle – *Daniel Jansen* – belebt die kulturelle Seite der Fraktion; der Bürgergemeinderats- und ehem. Grossratspräsident – *Loni Burckhardt* – ist auch ein Mann der Kultur, natürlich immer mit Blick auf das historische Erbe; der Wohnbaugenossenschafter und Baurechtsanwalt – *René Brigger* – wird dafür sorgen, dass es beim Wohnen vorwärts geht; der Bürgergemeinderat – *Seyit Erdogan* – wird die bereits sehr gute Zusammenarbeit mit den kurdischen und alevitischen Gemeinschaften intensivieren; die jüngste Grossrätin – *Sarah Wyss* – wird uns mit ihrer erfrischenden Jugendlichkeit und Spon-

tanität sicher immer wieder herausfordern und aufrütteln!

So wird es uns gelingen, die grosse Lücke in der Fraktion zu ersetzen, welche die abtretenden Maria Berger, Roland Engeler, Doris Gysin, Christine Keller, Francisca Schiess, Mehmet Turan und Ruth Widmer hinterliessen. Mit neuem Elan werden wir die Herausforderungen der neuen Legislatur in Angriff nehmen und bemüht sein, uns besser an die Partei anzubinden, indem wir z.B. die Arbeitskreise der Fraktion für die Sachgruppenpräsidien öffnen. Zudem rufen wir die Quartiervereine auf, vermehrt Austauschveranstaltungen mit den GrossrätInnen zu organisieren, damit die Anliegen der Partei besser in die Fraktion einfliessen können, aber auch besser über die Arbeit und Erfolge der Fraktion informiert werden kann.

Tanja Soland

Fraktionspräsidentin SP BS



René Brigger



Thomas Gander



Danielle Kaufmann



Ruedi Rechsteiner



Franziska Roth



Daniel Jansen



Loni Burckhardt



Seyit Erdogan



Sarah Wyss

ERSATZRICHTER/IN FÜR DAS SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT

Daniel Pfefferli tritt per Ende August als Ersatzrichter am Sozialversicherungsgericht zurück. Zuhanden der Partei respektive Fraktion im Grossen Rat macht die Sachgruppe Justiz bezüglich Nachfolge den ersten Schritt im Sinne einer offenen und fairen Ausschreibung. Interessierte Personen, welche den SP-Sitz am Sozialversicherungsgericht einnehmen wollen und die Anforderungen erfüllen, sollen sich bewerben. An einer Sitzung der Sachgruppe Justiz im Mai (Einladung folgt) wird eine Empfehlung erstellt.

Voraussetzung: stimmberechtigt in Basel

Umfang: Nebenamt

Vorbereitende Behörde: Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates

Wahlbehörde: Plenum des Grossen Rates.

Anmeldefrist: bis 22. April 2013

Bewerbungsschreiben: CV und kurzes Motivationsschreiben

Amtsperiode: ab 1.9.2013 bis Ende Amtsperiode (Ende 2015)

Anmeldung/Bewerbung SP-intern respektive Information: René Brigger, Co-Präsident Sachgruppe Justiz der SP Basel-Stadt, Advokatur und Notariat, Falknerstrasse 3, 4001 Basel, Telefon 061 260 92 00, rb@basleradvokaten.ch